

**sonstige Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf
Gemeinderat 18.12.2012**

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|----|------|--------|-----------|--|--|----------------------|----------------------------|--|
| 2a | 2013 | BL/LI | allgemein | <p><u>Beschreibung:</u> Darstellung der Kostendeckungsgrade der gebührenrechnenden Einrichtungen und anderer städtischer Einrichtungen auf Gebührenbescheiden, Eintrittskarten etc. Sofern Schwierigkeiten bestehen, dies umzusetzen, sind diese im Laufe des Jahres 2013 auszuräumen.</p> <p><u>Begründung:</u> Der Anteil der öffentlichen Hand an der Finanzierung öffentlicher Einrichtungen ist den Bürgern häufig nicht bekannt oder zumindest nicht bewusst. Das erschwert seine Einschätzung der Aufgaben und Ausgaben der Stadt, aber auch die Diskussion um Gebührenanpassungen.</p> | <p><u>neues / geändertes Ziel:</u> Darstellung der Kostendeckungsgrade</p> | | | mit 15 : 21 : 4 Stimmen abgelehnt |
| 2b | 2013 | BL/LI | allgemein | <p><u>Beschreibung:</u> Regelmäßige Darstellung und Anpassung der Kostendeckungsgrade der gebührenrechnenden Einrichtung</p> | <p><u>neues / geändertes Ziel:</u> Darstellung der Kostendeckungsgrade</p> | | | beschlossen |
| 2c | 2013 | BL/LI | allgemein | <p><u>Beschreibung:</u> Höhere Preise für Auswärtige bei der Nutzung zentraler Einrichtungen (z.B. Zoo, Bäder, Soziale und kulturelle Projekte freier Träger)</p> <p><u>Begründung:</u> Viele Menschen von außerhalb nutzen diese, wobei die Stadt allein für Unterhalt und Betrieb zuständig ist. Eine Nutzungsgerechte Beteiligung auswärtiger Besucher ist angebracht.</p> | <p><u>neues / geändertes Ziel:</u> Höhere Beteiligung Auswärtiger an Infrastrukturkosten der Stadt</p> | | | mit 2 : 39 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|----|---------------|--------|----|---|--|---------------------------------|----------------------------|----------------------------------|
| 9 | 2013 und 2014 | BL/LI | FW | <u>Beschreibung:</u> Anhebung der Gewerbesteuer auf 420 v.H. <u>Begründung:</u> Verteilung der schwierigen Haushaltslage auf alle: Steuererhöhung 5 % nach 7 Jahren akzeptabel | | <u>Ertrag:</u> + 4.400.000 € | | mit 2 : 39 Stimmen abgelehnt |
| 10 | 2013 und 2014 | BL/LI | FW | <u>Beschreibung:</u> Anhebung der Grundsteuer B auf 495 v.H. <u>Begründung:</u> Verteilung der schwierigen Haushaltslage auf alle: Steuererhöhung 5 % nach 7 Jahren akzeptabel | | <u>Ertrag:</u> + 1.250.000 € | | mit 2 : 39 Stimmen abgelehnt |
| 13 | 2013 und 2014 | BL/LI | 01 | <u>Beschreibung:</u> Reduzierung Geschäftskosten und Aufwandsentschädigungen der Gemeinderatsmitglieder und Fraktionen <u>Begründung:</u> Kürzungen auf alle verteilen, die es tragen können | | <u>Aufwand:</u> - 38.000 € | Satzungsänderung | mit 2 : 39 Stimmen abgelehnt |
| 19 | 2013 und 2014 | HDer | 01 | <u>Beschreibung:</u> Zuschuss an die Stadtteilvereine <u>Begründung:</u> Ein weiterer Stadtteilverein ist hinzugekommen. | | <u>Aufwand:</u> + 7.600 € | | mit 3 : 36 : 2 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------------|--------------|-----------|--|---|----------------------|---|---|
| 22 | | Grüne/gen.hd | 12 PLP | <u>Beschreibung:</u> Umsetzung des Handlungskonzepts Demografischer Wandel durch Schaffen der entsprechenden Organisationsstruktur in der Verwaltung. | <u>neue / geänderte Maßnahme:</u> Umsetzung und Fortschreibung des Handlungskonzepts Demografischer Wandel | | Der Demografische Wandel stellt eine Querschnittsaufgabe für die gesamte Stadtverwaltung dar und berührt die Arbeit aller Fachämter sowie aller städtischen Gesellschaften. In der Stadtverwaltung gibt es keine Stelle, die die laufenden Aktivitäten zur Bewältigung des demografischen Wandels bzw. zur Umsetzung des Handlungskonzeptes Demografischer Wandel koordiniert und begleitet. Hierzu erfolgte am 25.10.12 der Sachstandsbericht zum Handlungskonzept (DS: 0165/2012/IV). Für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen sind derzeit keine Mittel vorgesehen. | mit 12:19:10 Stimmen abgelehnt |
| 24a | 2013 und 2014 | BL/LI | 12 | <u>Beschreibung:</u> Weiterverfolgung des Kultur – und Kreativzentrum „Ehemalige Feuerwache“ nur mit Partnern <u>Begründung:</u> Projekt kann nicht aus städtischen Mitteln allein finanziert werden. Nur mit verbindlicher Finanzierungszusage weiterer Partner kann eine Realisierung erfolgen. | | | | mit 9 : 29 : 3 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|----|---------------|--------------|-------|--|--|--|--|------------------------------------|
| 25 | 2013 und 2014 | FDP | 12 | <p><u>Beschreibung:</u> Ausrichtung u. Handlungsmaxime</p> <p><u>Begründung:</u> Der zweite Bergstadtteil Boxberg darf nicht aus dem Blickpunkt geraten.</p> | <p><u>neues / geändertes Ziel:</u> „Ein besonderer Stellenwert kommt der Verbesserung der Wohn- u. Lebenssituation im Emmertsgrund und Boxberg zu.“</p> | | <p>Zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation im Emmertsgrund wurde ein Stadtteilmanagement eingerichtet. Mit diesem ist es in sehr begrenztem Maße möglich, gemeinsame Aktivitäten der beiden Bergstadtteile Emmertsgrund und Boxberg zu unterstützen. Was mit den eingerichteten Strukturen (städtische Koordinierungsstelle Emmertsgrund, bürgerschaftlicher Trägerverein/ Stadtteilmanagement Emmertsgrund) nicht möglich ist, sind explizite auf den Boxberg ausgerichtete Aktivitäten zur gezielten Verbesserung der dortigen Wohn- und Lebenssituation.</p> | mit 35 : 0 : 6 Stimmen beschlossen |
| 35 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 15 FW | <p><u>Beschreibung:</u> Zuschuss Semesterticket:</p> <p><u>Begründung:</u> Erhöhte Schlüsselzuweisungen durch Anreiz zur Anmeldung mit Erstwohnsitz (Teilhaushalt allgemeine Finanzwirtschaft)</p> | <p><u>neue / geänderte Maßnahme:</u> im Teilhaushalt 15: Kostenloses Semesterticket für Erstwohnsitzanmelder/-innen wieder einführen.</p> | <p><u>Aufwand:</u> + 187.000 €</p> <p><u>Ertrag in 2014:</u> + 374.000 €</p> | <p>Die Annahme, dass mit einem Aufwand von ca. 200.000 € für ein (Erst)- Semesterticket ein Mehrertrag von 1.3 Millionen Euro erzielt wird, ist unrichtig.</p> <p>Bei der Aktion 2011 wurden rd. 187.000 € für 1.406 Antragsteller/innen aufgewendet. Für diese Personenzahl erhält die Stadt rund 1.4 Million Euro Schlüsselzuweisungen. Von diesem Betrag müssen die Schlüsselzuweisungen abgezogen werden, die die Stadt auch ohne Semesterti-</p> | mit 12 : 29 : 0 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|--|------|--------|----|--|--|----------------------|----------------------------|------------|
|--|------|--------|----|--|--|----------------------|----------------------------|------------|

| | | | | | | | | |
|----|---------------|-----|----|--|--|-------------------------------|--|---------------|
| | | | | | | | cket-Aktion erhalten hätte. Dies betrifft die Zuweisungen für alle Studenten die überhaupt keine Alternative bei der Anmeldung haben (alleiniger Wohnsitz, ausländische Studenten, die immer den ersten Wohnsitz begründen oder Studenten, die sich trotz weiterer Wohnungen mit Hauptwohnung anmelden, weil sie sich vorwiegend hier aufhalten oder die Zweitwohnungssteuer umgehen wollen). Einzig die Studenten, die sich bisher nicht anmelden, könnten eventuell so zu einer Anmeldung bewegt werden. Wie hoch das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag ist, lässt sich nicht ermitteln. | |
| 70 | 2013 und 2014 | GAL | 16 | <u>Beschreibung:</u> Förderung der Arbeit mit ausländischen Kindern und Jugendlichen <u>Begründung:</u> Der Bedarf ist schon lange höher als Mittel vorhanden sind, durch den KIP wird die Nachfrage nach Mitteln aus diesem Fördertopf noch ansteigen, seit 2007 wurde er nicht erhöht | | <u>Aufwand:</u> +10.000 € | Zuschuss im Vergleich zum Ansatz 2012 bereits um 850 € erhöht. | zurückgezogen |
| 77 | 2013 und 2014 | GAL | 16 | <u>Beschreibung:</u> Sonstige Integrationsprojekte <u>Begründung:</u> Für Maßnahmen aus dem KIP müssen Mittel zur Verfügung stehen. | | <u>Aufwand:</u> + 12.900 € | Zuschuss im Vergleich zum Ansatz 2012 bereits um 2.600 € erhöht. | zurückgezogen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|----|------|--------------|-----------|--|---|--|--|---|
| 80 | | Grüne/gen.hd | 20 PLP | <p><u>Beschreibung:</u> Einwerben von Mitteln aus europäischen Förderprogrammen</p> <p><u>Begründung:</u> Auf europäischer Ebene gibt es zahlreiche Programme, die einen finanziellen Beitrag zur Umsetzung kommunaler Maßnahmen leisten können und zu einer Entlastung des kommunalen Haushalts führen.</p> | <p><u>neues / geändertes Ziel:</u> Einwerben von Mitteln aus europäischen Förderprogrammen z. B. für Projekte der Kreativen Ökonomie und Barrierearme Stadt</p> | | <p>Die beim Kämmereramt eingerichtete Koordinationsstelle für Zuschüsse wertet die Fördermöglichkeiten aus den Programmen der Europäischen Union aus und informiert die betroffenen Fachämter. Die Akquise der Fördermittel erfolgt wie in allen Förderbereichen im jeweils zuständigen Amt, weil nur dort die fachliche Begleitung der Maßnahmen möglich ist. Für Projekte der Kreativen Ökonomie ist das Amt für Stadtentwicklung und Statistik zuständig, für Projekte der barrierefreien Stadt das Amt für Baurecht und Denkmalschutz (Fachstelle barriere-freies Planen, Bauen, Wohnen) und das Amt für Verkehrsmanagement für den Verkehrsbereich.</p> | mit 15:14:12 Stimmen beschlossen |
| 81 | 2013 | Grüne/gen.hd | 20 | <p><u>Beschreibung:</u> Transferaufwendungen Explo: Keine Erhöhung, Ansatz wie 2012</p> | | <p><u>Aufwand:</u> - 200.000 €</p> | <p>Der im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Zuschuss von 420.000 € in 2013 und 430.000 € in 2014 deckt die Personalkosten (einschließlich der für den Betrieb der Ausstellung notwendigen Aushilfen), die Miet- und Raumkosten sowie einen geringen Teil der Sachkosten ab. Spenden- und Sponsorenmittel, die in der Regel nur für besondere Projekte realisiert werden können, müssen bereits auch bei den im Entwurf geplanten Zuschüssen für die nicht gedeckten Sachmittel akquiriert werden.</p> | zurückgezogen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|----|---------------|--------------|-----------------|---|--|--------------------------------|--|-------------------------------------|
| 83 | 2014 | Grüne/gen.hd | 20 | <u>Beschreibung:</u> Transferaufwendungen Explo: Keine Erhöhung, Ansatz wie 2012 | | <u>Aufwand:</u> - 210.000 € | | zurückgezogen |
| 85 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 20 | <u>Beschreibung:</u> Kürzung Transferaufwendungen Stadtmarketing (Pro Heidelberg) <u>Begründung:</u> Geschäftsstelle zu hoch dotiert | | <u>Aufwand:</u> - 30.000 € | Die im Haushaltsplanentwurf vorgesehene Erhöhung der Zuschüsse für das Einzelhandelsmarketing beinhaltet auch die Kosten für eine zusätzliche halbe Stelle. | mit 20 : 19 : 2 Stimmen beschlossen |
| 86 | | Grüne/gen.hd | PLP 23 40 | <u>Begründung:</u> Zahlreiche öffentliche Gebäude stehen viele Stunden am Tag ungenutzt leer. Um diese Situation zu verbessern und bürgerschaftlich engagierten Gruppen mit Räumen zu helfen, soll ein Konzept zur Nutzung erstellt werden. Die Hausmeisterproblematik soll gelöst werden. | <u>neues / geändertes Ziel:</u> Nutzung von öffentlichen Gebäuden für die Bevölkerung ermöglichen | | Verwaltungsgebäude stehen lediglich außerhalb der Dienststunden leer. Auch aus Gründen des Datenschutzes sollten sich dort außerhalb der Dienststunden keine Personen aufhalten. Dies wäre nur unter ständiger Präsenz eines Hausmeisters möglich. Mit dem vorhandenen Personal könnte dies jedoch nicht gewährleistet werden. Es müssten entsprechende Stellen geschaffen werden. Ob die Kosten durch Nutzungsentgelte gedeckt werden könnten, ist fraglich. Sonstige öffentliche Gebäude in Verwaltung des Amtes 23 wie z. B. die Rathäuser in den Stadtteilen, das Gesellschaftshaus Pfaffengrund oder das Bürgerzentrum Kirchheim sind (an die Stadtteilvereine) vermietet und entziehen sich damit dem unmittelbaren Einfluss der Verwaltung. Schulische Räume werden am Nachmittag überwiegend an den Grundschulen durch die Betreuungsangebote genutzt. Auch die Musik- und Singeschule nutzt die Räumlichkeiten aller Schularten im Stadtgebiet. Des Weiteren gibt es abendliche Nutzungen z.B. durch die VHS. Gemäß dem Schulgesetz liegt das Hausrecht bei den Schulleitungen, d.h. eine Raumvergabe kann nur mit deren Einverständnis erfolgen. Sie kann nur in Übereinstimmung mit dem pädagogischen Konzept der | mit 19 : 18 : 4 Stimmen beschlossen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|----------------|---------------------|--------|----|---|--|--------------------------------|--|--------------------------------|
| | | | | | | | <p>Schule und dessen räumlicher Umsetzung erfolgen. Zeitgemäße Unterrichtsformen wie Wochenplan- und Stationenarbeit sind mit einer Nutzung der Schulräume durch Externe nicht vereinbar.</p> <p>Bei einer weiteren noch intensiveren Nutzung von Schulräumen durch Dritte muss die Sicherheit der Sachausstattung in den Räumen mit u.a. hochwertigen Beamern und PCs sichergestellt werden. Auch im Hinblick auf den Datenschutz (Unterrichtsmaterial, Klassenbücher etc.) wären entsprechende Sicherheitsmaßnahmen zu treffen. Da der Hausmeisterdienst zeitlichen Vorgaben durch die Tarifverträge unterliegt, wären hier zusätzliche Stellen für einen Schichtdienst notwendig, der einen erheblichen finanziellen Mehrbedarf bei den Personalkosten verursachen würde. Auch muss noch ein entsprechendes Zeitfenster vorhanden sein, in dem die Räume gereinigt werden können. Die Energie- und Unterhaltungskosten würden entsprechend steigen.</p> | |
| 88 a neu | 2013 und 2014 | HD'er | 23 | <u>Beschreibung:</u> Streichen der Baumaßnahme Dischinger Straße 5 | | <u>Aufwand:</u> - 500.000 € | Hier verweisen wir auf die Beratungen in den gemeinsamerätlichen Gremien laut DS: 0394/2011/BV und 0001/2012/IV sowie die derzeitigen Beratungen laut DS: 0477/2012/BV. Bisläng sollte die Dischingerstr. 5 zu einem Zentrum für Jugend und Kultur ausgebaut werden, wofür die Hallen nach unseren Informationen wichtiger als das Verwaltungsgebäude wären. Gegenüber der Aussage in der Vorlage DS: 0477/2012/BV wurden keine zusätzlichen Mittel in Höhe | mit 4 : 33 : 4 abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|--------|---------------|--------|----|---|--|---|---|-------------------------------------|
| | | | | | | | von 554.000 € in das Änderungsblatt zum Haushaltsplanentwurf 2013/2014 aufgenommen, so dass für die Maßnahme jetzt 1,2 Mio. € (Ansatz 2013/2014 1 Mio. €, Haushaltsrest 200.000 €) zur Verfügung stehen. | |
| 88 neu | 2013 und 2014 | SPD | 23 | <u>Beschreibung:</u> Reduzierung Maßnahme Sanierung der Hallen Dischinger Straße 5 | | <u>Aufwand:</u> 2013 - 200.000 € 2014 - 500.000 € | s.o. | mit 27 : 13 : 1 Stimmen beschlossen |
| 89 | 2013 | CDU | 23 | <u>Beschreibung:</u> Sanierung Toiletten Tiefburg | | <u>Aufwand:</u> + 25.000 € | Im Arbeitsprogramm für die Gebäudeunterhaltung 2013 sind für die Renovierung der Toiletten im Erdgeschoss sowie für die Erneuerung der Fenster der Tiefburg bereits 256.000 € enthalten. | zurückgezogen |
| 90 | 2013 | CDU | 23 | <u>Beschreibung:</u> Wiederinbetriebnahme Quellstein im Innenhof Handschuhsheimer Schlösschen und Betriebskosten | | <u>Aufwand:</u> + 5.830 € | Massive Sicherheitsbedenken haben zur Stilllegung des Brunnens geführt, u. a. wegen hohem Verletzungsrisiko durch den rutschigen Stein; es gibt keine Aufsicht; die Stadt kann hier die Haftung nicht übernehmen. Die Wiederinbetriebnahme kostet laut Kostenvorschlag des zuständigen Amtes 70 ca. 7.200 € . Durch evtl. wieder auftretenden Vandalismus um den Brunnen herum ist mit weiteren Kosten zu rechnen. | zurückgezogen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|------|---------------|--------------|----|---|--|---|--|--|
| 91 | 2014 | CDU | 23 | <u>Beschreibung:</u> Betriebskosten für Quellstein im Innenhof Handschuhsheimer Schlösschen | | <u>Aufwand:</u> + 2.260 € | Laut Kostenvoranschlag des zuständigen Amtes 70 belaufen sich die jährlichen Kosten allein für Wartungs- und Reinigungsarbeiten auf ca. 5.800 € zuzüglich Kosten für Wasser und Strom (= ca. 650 € für 8 Monate/Jahr). | zurückgezogen |
| 91 a | 2013 | HD'er | 23 | <u>Beschreibung:</u> Streichen Baumaßnahme Halle 02 | | <u>Aufwand:</u> -1.500.000 € <u>VE:</u> -1.500.000 € | | mit 5 : 36 Stimmen abgelehnt |
| 91 b | 2014 | HD'er | 23 | <u>Beschreibung:</u> Streichen Baumaßnahme Halle 02 | | <u>Aufwand:</u> -2.000.000 € | | mit 5 : 35 : 1 Stimmen abgelehnt |
| 91 c | 2013 | HD'er | 23 | <u>Beschreibung:</u> Verkauf „Alte Feuerwache“ | | <u>Ertrag:</u> +2.000.000 € | | mit 6 : 29 : 6 Stimmen abgelehnt |
| 91 d | 2013 | HD'er | 23 | <u>Beschreibung:</u> Verkauf „Hotel Metropol“ | | <u>Ertrag:</u> +900.000 € | | mit 4 : 32 : 5 Stimmen abgelehnt |
| 94 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 31 | <u>Beschreibung:</u> Biotopvernetzungsprogramm: <u>Begründung:</u> Auf Grund der ausgeschöpften Mittel für das laufende Biotopvernetzungsprogramm, soll durch die Erhöhung das seit 20 Jahren bestehende Programm weiter ausgebaut werden. | | <u>Aufwand:</u> + 10.000 € | | mit 12 : 27 : 2 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|--------|----|--|--|--------------------------------|---|---------------|
| 97 | 2013 | CDU | 40 | <u>Beschreibung:</u> Erneuerung Beschallungsanlage in der Eichendorffschule | | <u>Aufwand:</u> + 10.000 € | Die Funktionsfähigkeit der Beschallungsanlage wurde überprüft und gerade instandgesetzt. Mögliche Reparaturen werden immer kurzfristig vorgenommen. Für einen langfristigen Betrieb ist jedoch eine Erneuerung notwendig. | zurückgezogen |
| 106 | 2013 und 2014 | CDU | 40 | <u>Beschreibung:</u> Rollierende Schulsanierung KFG | | <u>Aufwand:</u> + 100.000 € | Im Rahmen der Bauunterhaltung sind im Haushaltsentwurf bereits folgende Mittel vorhanden: 2012: 338.000 €, 2014: 276.000 € | zurückgezogen |
| 107 | 2013 | CDU | 40 | <u>Beschreibung:</u> Behindertenaufzug KFG | | <u>Aufwand:</u> + 250.000 € | Die im folgenden Antrag der FWV genannte junge Frau ist Schülerin des Abendgymnasiums. Durch eine vorgesehene Anpassung der Toilettensituation wird diese besondere Sachlage bereits berücksichtigt. Der VHS wurde angeboten den Unterricht in andere Schulen (z. B. in der Gregor-Mendel-Realschule bzw. im Bunsen-Gymnasium) zu verlegen, da dort die entsprechenden Voraussetzungen gegeben sind. Dieses Angebot wurde leider abgelehnt . Das Amt für Schule und Bildung ist weiterhin der Meinung, dass eine Verlegung des Unterrichts zum jetzigen Zeitpunkt die bessere Lösung wäre. Unter Berücksichtigung der baulichen Voraussetzungen ist es generell schwierig einen Behindertenaufzug einzubauen. Sofern mit dem Denkmalschutz Einvernehmen hergestellt werden kann, ist der Einbau eines Aufzuges im Treppenhaus des Hauptgebäudes möglich. Durch die Gebäudezuordnung | zurückgezogen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|--------|----|---|---|--------------------------------|---|--------------------------------------|
| | | | | | | | wäre auch beim Einbau eines Aufzuges nicht sichergestellt, dass alle Räume barrierefrei zu erreichen wären. Die Naturwissenschaftlichen Fachklassen befinden sich z. B. im Nebengebäude Sofienstraße. | |
| 108 | 2013 | FWV | 40 | <u>Beschreibung:</u> Planung Einbau eines Fahrstuhls im KFG <u>Begründung:</u> Gymnasium nicht barrierefrei, es gibt eine Rollstuhlfahrerin. Im KFG ist auch das Abendgymnasium untergebracht. Der Transport in die oberen Räume ist für Rollstuhlfahrer nur mit helfender Muskelkraft möglich. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention | <u>neue / geänderte Maßnahme:</u> bei 21.10-21.30, Ziel 2, M2: Einbau eines Fahrstuhls im KFG (Planung in 2013, Durchführung in 2014) | <u>Aufwand:</u> + 20 000 € | s.o. | mit 2 : 36 : 3 Stimmen abgelehnt |
| 109 | 2014 | FWV | 40 | <u>Beschreibung:</u> Planung Einbau eines Fahrstuhls im KFG <u>Begründung:</u> siehe oben | <u>neue / geänderte Maßnahme:</u> siehe oben | <u>Aufwand:</u> + 200.000 € | s.o. | mit 2 : 38 :1 Stimmen abgelehnt |
| 115 | 2013 und 2014 | CDU | 41 | <u>Beschreibung:</u> Kennzahlen Kultur/Kulturfinanzbeirat | <u>neues / geändertes Ziel:</u> Schaffung von Kennzahlen und eines Kulturfinanzbeirates zur Steuerung der Ausgaben | | | Ist bereits im gem. Antrag enthalten |
| 118 | 2013 und 2014 | HDer | 41 | <u>Beschreibung:</u> Kürzung bei den Projektzuschüssen zur Förderung kultureller Vorhaben <u>Begründung:</u> Deckung für die Zuschusserhöhung bei den Stadtteilvereinen (Teilhaushalt 01) | | <u>Aufwand:</u> - 7.600 € | | zurückgezogen |
| 119 | 2013 und 2014 | CDU | 41 | <u>Beschreibung:</u> Streichung des Zuschusses für „Afrika Tage“ <u>Begründung:</u> Die Förderung ist schon beim AMR enthalten | | <u>Aufwand:</u> - 8.500 € | Die Mittel sind <u>nicht</u> beim AMR eingestellt. | zurückgezogen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|--------------|----|--|---|-------------------------------|----------------------------|--|
| 135 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 41 | <u>Beschreibung:</u> Zuschusserhöhung: GEDOK | | <u>Aufwand:</u> + 6.000 € | | mit 11 : 26 : 4 Stimmen abgelehnt |
| 136 | 2013 und 2014 | HDer | 41 | <u>Beschreibung:</u> Kürzung des Zuschusses an die Halle 02 <u>Begründung:</u> Anteilige Deckung der Zuschusserhöhung ans DAI | | <u>Aufwand:</u> - 40.000 € | | mit 4 : 36 : 1 Stimmen abgelehnt |
| 137 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 41 | <u>Beschreibung:</u> Zuschusserhöhung: Halle02 | <u>neues / geändertes Ziel:</u> Änderung TH: Förderung, die nicht direkt Kulturprojekten zuzuordnen sind, werden bei der Wirtschaftsförderung angesiedelt. | <u>Aufwand:</u> + 25.000 € | | mit 10 : 31 : 0 Stimmen abgelehnt |
| 161 | 2013 und 2014 | FWV | 41 | <u>Beschreibung:</u> Forum für Kunst <u>Begründung:</u> Allgemeine Kostensteigerung | | <u>Aufwand:</u> + 1.000 € | | mit 5 : 27 : 9 Stimmen abgelehnt |
| 162 | 2013 und 2014 | FWV | 41 | <u>Beschreibung:</u> Portheim-Stiftung +2,5% | | <u>Aufwand:</u> + 190 € | | mit 4 : 30 : 7 Stimmen abgelehnt |
| 163 | 2013 und 2014 | FWV | 41 | <u>Beschreibung:</u> Taeter-Theater +2,5% | | <u>Aufwand:</u> + 1.160 € | | mit 3 : 22 : 16 Stimmen abgelehnt |
| 164 | 2013 und 2014 | CDU | 41 | <u>Beschreibung:</u> Enjoy Jazz <u>Begründung:</u> Erhöhung wegen Defizit | | <u>Aufwand:</u> + 10.000 € | | zurückgezogen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|--------|----|--|--|--|--|---------------|
| 165 | 2014 | GAL | 41 | <p><u>Beschreibung:</u> Erhöhung Zuschuss Literaturtage</p> <p><u>Begründung:</u> 2014 feiern die Literaturtage 20jähriges Bestehen. Im Zusammenhang mit der Bewerbung „City of Literature“ soll die Wertschätzung auch finanziell untermauert werden</p> | | <p><u>Aufwand:</u> + 10.000 €</p> | | zurückgezogen |
| 175 | 2013 und 2014 | BL/LI | 50 | <p><u>Beschreibung:</u> Einführung des vergünstigten Monatsickets für Inhaber des Heidelberg-Passes+ (Metropolticket) - Umsetzung</p> <p><u>Begründung:</u> Ausgehend von den Ergebnissen der Studie erhalten: Die Heidelberg-Pass-Inhaber, die bereits Monatskarten des ÖPNV beziehen, erhalten diese über die Stadtverwaltung in Zukunft für 20,- € monatlich. Über dieses Modell sind ca. 700 Monatsickets finanzierbar. Sollte dann noch Geld da sein, wird nach Reihenfolge der Antragstellung zu gleichen Bedingungen ein Ticket bezahlt</p> | | <p><u>Aufwand:</u> + 500.000 €</p> | <p>Anspruchsberechtigt für den HD-Pass+ sind gerade nicht die Bezieher von Leistungen nach dem SGB II und XII, sondern diejenigen, die zwar über ein geringes Einkommen verfügen, aber noch keinen Anspruch auf obige Leistungen haben. Es ist deshalb nicht nachvollziehbar, warum dieser Personenkreis im Gegensatz zu den Empfängern von SGB II- und XII-Leistungen durch ein kostengünstiges Sozialticket bevorzugt werden sollte. Aus unserer Sicht ist das Berechnungsmodell nicht schlüssig. Eine Verteilung etwaiger restlicher Mittel in der Reihenfolge der Antragstellung erscheint sozial ungerecht.</p> | zurückgezogen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|------------------------------------|----|---|--|--------------------------------|---|--|
| 183 | 2013 und 2014 | FWV | 50 | <u>Beschreibung:</u> 2,5% für alle, die keine Anträge auf Erhöhung gestellt haben | | | Eine allgemeine Erhöhung der Zuschüsse nach dem „Gießkannenprinzip“ ist nicht zielführend. Damit wäre eine Schwerpunktsetzung innerhalb der Angebote beeinträchtigt. Bei einer Umsetzung entstehen folgende Zusatzkosten: 2013: 25.110 € 2014: 25.740 € | zurückgezogen |
| 200 | 2013 und 2014 | CDU | 51 | <u>Beschreibung:</u> Projekt „Lernpatenschaften“ im Jugendzentrum Emmertsgrund: Finanzielle Förderung um kontinuierliche Betreuung schwacher Schüler nach der Grundschule zu gewährleisten | | <u>Aufwand:</u> + 10.000 € | | zurückgezogen |
| 203 | 2013 | GAL Grüne/ gen.hd | 51 | <u>Beschreibung:</u> Beitragsfreiheit für das erste Kita-Jahr für Eltern in der Einkommensstufe 1 ab 01.09.2013 <u>Begründung:</u> Fortsetzung der Anträge aus 2011/12 und 2009/10 | | <u>Aufwand:</u> + 105.000 € | Wie bei der Befreiung für das letzte und vorletzte Kita-Jahr müsste auch hier eine Kopplung mit dem HD-Pass+ erfolgen. Zu beachten ist, dass ein Kind nach Vollendung des 3. Lebensjahres durchschnittlich 3,5 Jahre lang den Kindergarten besucht. Damit wäre nur eine Verlängerung der Beitragsfreiheit für den kompletten Zeitraum „ab drei Jahren bis zum Schuleintritt“ sinnvoll. Die zusätzliche Freistellungsdauer von Entgelten würde damit durchschnittlich 1,5 Jahre betragen. Bei Umsetzung ab 09/2013 entstehen voraussichtlich folgende Zusatzkosten: 2013: + 105.000.-€ 2014: + 510.000 € | <i>Hier ist versehentlich die GAL aufgeführt. Nur Grüne/gen.hd stellen den Antrag.</i> Abstimmung: mit 11 : 27 : 3 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------------|------------------------------------|-----------|---|--|-----------------------------------|---|---|
| 205 | 2014 | GAL Grüne/ gen.hd | 51 | <u>Beschreibung:</u> Beitragsfreiheit für das erste Kita-Jahr für Eltern in der Einkommensstufe 1 <u>Begründung:</u> Fortsetzung der Anträge aus 2011/12 und 2009/10 | | <u>Aufwand:</u> +510.000 € | s.o. Bei Umsetzung ab 09/2013 entstehen voraussichtlich folgende Zusatzkosten: 2014: + 510.000 € | s. o. mit 11 : 27 : 3 Stimmen abgelehnt |
| 208 | | Grüne/ gen.hd | PLP 52 | <u>Beschreibung:</u> Produktgruppe 42.41 <u>Begründung:</u> Zahlreiche Sportstätten in den Stadtteilen stehen viele Stunden am Tag ungenutzt leer. Um diese Situation zu verbessern und insbesondere Jugendlichen die Nutzung außerhalb von Schulzeiten zu ermöglichen, soll ein Konzept zur Nutzung erstellt werden. Die Hausmeisterproblematik soll gelöst werden. | <u>neues / geändertes Ziel:</u> Sportstättennutzung für die Bevölkerung ermöglichen | | Die Sportstätten (Hallen und Freisportanlagen) sind täglich bis 17:00 Uhr durch den Schulsport und danach durch den Vereinssport belegt. Evtl. gibt es freie Kapazitäten an den Wochenenden. Die Kosten für die hierfür notwendige Betreuung, Energie, Reinigung, etc. sind vom Umfang der Nutzung abhängig und deshalb momentan nicht abschätzbar. Bei den Freisportanlagen gibt es hinsichtlich der Nutzung bestehende Pachtverträge mit den einzelnen Vereinen. | Der Antrag wurde <u>gemeinsam von Grüne/gen.hd</u> gestellt. Abstimmung: mit 12 : 29 : 0 Stimmen abgelehnt |
| 211 | 2014 | FDP FWV | 52 | <u>Beschreibung:</u> Streichung Planungsrate Konzeption Sportpark <u>Begründung:</u> Derzeit kein Handlungsbedarf | | <u>Aufwand:</u> -50.000 € | Lt. Expertenmeinung ist Handlungsbedarf in Sachen des informellen Sports auch im Hinblick fehlender Sportstätten in der Bahnstadt notwendig. Der Gemeinderat hat ein entsprechendes Konzept bereits vor 10 Jahren zustimmend zur Kenntnis genommen. | mit 29 : 11 : 1 Stimmen beschlossen |
| 213 | 2013 und 2014 | Grüne/ gen.hd | 61 20 | <u>Beschreibung:</u> „Zuschuss an IBA GmbH“: Änderung Teilhaushalt: Der Zuschuss soll wie die anderen Zuschüsse an städtische Gesellschaften im Kämmereiamt (TH 20) liegen und dort als Gesamtsumme die Kosten klar erkennbar sein. | | | | mit 22 : 17 : 4 Stimmen beschlossen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|--------------|----|--|--|--|---|-----------------------------------|
| 214 | 2013 und 2014 | BL/LI | 61 | <p><u>Beschreibung:</u> Reduzierung des Aufwands für die IBA auf 50 % des bisherigen Ansatzes</p> <p><u>Begründung:</u> Rest des Aufwandes ist durch Partner und Sponsoren aufzubringen – wenn außer der Stadt HD niemand an der IBA so sehr interessiert ist, dass er sich finanziell beteiligt, brauchen wir sie nicht</p> | | <p><u>Aufwand:</u> - 400.000 €</p> | Vgl. auch DS. 0348/2011/BV, der Mittelbedarf wird dort mit 0,8 bis 1,4 Mio. € jährlich benannt. Dies stellt im Vergleich zu anderen IBAs die untere Grenze der ausreichenden finanziellen Ausstattung dar. Die GmbH wird nur mit Eigenmitteln zur Finanzierung von hauptsächlich Personalkosten und Sachmitteln ausgestattet (Vgl. IBA Sachsen Anhalt mit Personalkosten in 2008 von 1 Million Euro). Es ist vorgesehen, dass die IBA GmbH Projekte akquiriert und dafür Sponsoren sucht. Projektmittel sind nur in verhältnismäßig geringem Umfang enthalten, bieten somit auch keinen Spielraum zur Einsparung. (Vgl. Wirtschaftsplan in DS 0330/2012/BV) | mit 2 : 38 : 1 Stimmen abgelehnt |
| 217 | 2013 | Grüne/gen.hd | 61 | <p><u>Beschreibung:</u> Stadt am Fluss für Alle: Einstellen einer Planungsrate</p> | <p><u>neues / geändertes Ziel:</u> Stadt am Fluss für Alle</p> | <p><u>Aufwand:</u> + 50.000</p> | | 11 : 30 : 0 abgelehnt |
| 218 | 2013 | CDU | 61 | <p><u>Beschreibung:</u> Stadt an den Fluss: Bürgerbeteiligung</p> | | <p><u>Aufwand:</u> + 50.000 €</p> | Dieses Handlungsfeld würde sich nicht auf Bürgerbeteiligung zur „Tunnelfrage“ beschränken, sondern weitere Mittel zur Entwicklung von Alternativkonzepten wie z.B. „Stadt an den Fluss light“ erfordern. | zurückgezogen |
| 219 | 2014 | Grüne/gen.hd | 61 | <p><u>Beschreibung:</u> Stadt am Fluss für Alle</p> | <p><u>neues / geändertes Ziel:</u> Stadt am Fluss für Alle</p> <p><u>neue / geänderte Maßnahme:</u> Umsetzung des Konzepts</p> | | Für eine Umsetzung von Maßnahmen sind gegenwärtig keine Haushaltsmittel vorgesehen. | mit 11 : 30 : 0 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|--------|----------|---|--|--------------------------------|--|-----------------------------------|
| 220 | 2014 | FWV | 61 66 | <u>Beschreibung:</u> Fortsetzung Beleuchtungskonzept Altstadt Vorschlag: Heiliggeistkirche oder Marstall <u>Begründung:</u> Lange geplant, Umsetzung muss endlich erfolgen | | <u>Aufwand:</u> + 100 000 € | Gem. Straßenbeleuchtungsvertrag ist die Stadtwerke Heidelberg Netze GmbH zuständig für die Straßenbeleuchtung. Derzeit ist die Planung zur Beleuchtung Hauptstraße an das Büro LDE beauftragt. (Vgl. Wirtschaftsplan in DS 0330/2012/BV). Für investive Maßnahmen zur Aufwertung der Hauptstraße (Gestaltung, Möblierung und Beleuchtung) enthält der Haushaltsplanentwurf zusätzliche Mittel in Höhe von jeweils 750.000 € (Teilhaushalt 66). | zurückgezogen |
| 221 | 2013 | GAL | 61 | <u>Beschreibung:</u> Sanierungsgebiet Rohrbach | <u>neues / geändertes Ziel:</u> Fußnote zu Ziel 4/ M1: Fortführung auch nach 2014 | | Eine Fortsetzung nach 2014 sollte erfolgen und die Umgestaltung der Oberen Rathausstraße beinhalten. Voraussetzung zur Realisierung ist eine Aufstockung der Sanierungsmittel durch das Land und die Bereitstellung von Komplementär Mitteln im städtischen Haushalt ab 2015/16. | mit 19 : 20 : 2 Stimmen abgelehnt |
| 223 | 2013 | GAL | 61 | <u>Beschreibung:</u> Erhaltungssatzungen Wieblingen und Kirchheim <u>Begründung:</u> Mittel für externe Vergaben (Ortsbildanalysen) | | <u>Aufwand:</u> +40.000 € | s.o. | zurückgezogen |
| 224 | 2013 und 2014 | GAL | 61 | <u>Beschreibung:</u> Erhaltungssatzungen Wieblingen und Kirchheim parallel bearbeiten <u>Begründung:</u> In den Stadtteilen geht zunehmend erhaltenswerte Bausubstanz verloren | | | s.o. | zurückgezogen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|-------------------|----|---|--|--|---|--|
| 230 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 63 | <u>Beschreibung:</u> K2 Rationelle Energieverwendung und Wassermanagement: | <u>neues / geändertes Ziel:</u> Fußnote: Davon pro Jahr 600.000 für Förderung von Energiesparmaßnahmen an Altbauten. | | Um die bereitgestellten Haushaltsmittel möglichst umfassend zur Auszahlung zu bringen, wurde bisher bewusst auf eine Zuordnung zu einzelnen Förderaspekten verzichtet. Dadurch konnten bisher auch die Anträge zur energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden immer bedient werden. | mit 22 : 19 : 0 Stimmen beschlossen |
| 242 | 2013 | FDP CDU FWV | 66 | <u>Beschreibung:</u> Rad- u. Fußgängerbrücke Sickingenstraße <u>Begründung:</u> Maßnahme komplett auf nächsten Doppelhaushalt verschieben; derzeit kein Handlungsbedarf | | <u>Aufwand:</u> -100.000 € | Der Bau der Rad- u. Fußgängerbrücke Sickingenstraße kann verschoben werden und mit einer einfachen Lösung zur Ausführung kommen. Die dabei möglichen Einsparungen sind zu ermitteln. | mit 26 : 14 : 1 Stimmen beschlossen |
| 244 | 2014 | FDP | 66 | <u>Beschreibung:</u> Rad- u. Fußgängerbrücke Sickingenstraße <u>Begründung:</u> Maßnahme komplett auf nächsten Doppelhaushalt verschieben; derzeit kein Handlungsbedarf | | <u>Aufwand:</u> -1.250.000 € <u>Ertrag:</u> -500.000 (Zuschuss) <u>VE:</u> -2.000.000 € | s.o. | mit 26 : 14 : 1 Stimmen beschlossen |
| 247 | 2013 | FWV | 66 | <u>Beschreibung:</u> Einrichtung einer weiteren Anlegestelle für die Neckarfähre <u>Begründung:</u> Neckarfähre ist eine Bereicherung für Heidelberg, Beitrag zu „Stadt an den Fluss „ ohne große Lösung | | <u>Aufwand:</u> + 60 000 € | Hier ist eine wasser- und schifffahrtsrechtliche Genehmigung erforderlich. Abstimmung mit dem Wasser- und Schiffsamt. | mit 3 : 28 : 10 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-------|---------------|--------------|----|--|--|--------------------------------|--|---|
| 249 | 2013 und 2014 | CDU | 66 | <u>Beschreibung:</u> Straßenbeleuchtung: Erweiterungen in Handschuhsheim Steinberg, Tiergartenstraße | | <u>Aufwand:</u> + 50.000 € | Der Kostenansatz von 50.000 € muss durch die Planung der Stadtwerke bestätigt werden. Hier muss auch der Umfang konkretisiert werden. Bereits im jetzigen Haushalt beansprucht die Straßenbeleuchtung 60 % der Sachmittel für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens. | zurückgezogen |
| 254 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 67 | <u>Beschreibung:</u> Produktgruppe 55.10; Ziel 2 „Erneuerung [...] Spielflächen [...]“ M1: Mittelerhöhung <u>Begründung:</u> Attraktive Spielplätze sind ein Aushängeschild der Stadt. Derzeit sind wegen mangelnder Mittel bereits viele Spielplätze im Stadtgebiet halb demontiert oder veraltet. | | <u>Aufwand:</u> + 100.000 € | Das Spielflächenkonzept des Fachamtes sieht die rotierende Erneuerung von Spielplätzen vor. Für den Doppelhaushalt 2011/2012 sind hierfür Mittel von insgesamt 815 T. € bereitgestellt worden. Die Planung des Doppelhaushaltes 2013/2014 sieht eine Erhöhung des Mittelansatzes um 56 T. € auf 871 T. € vor, darunter auch einen Pauschalansatz für den Austausch von Spielgeräten im Stadtgebiet i.H.v. 100 T. €. | zurückgezogen |
| 262 a | 2013 und 2014 | BL/LI | 80 | <u>Beschreibung:</u> Konferenzzentrum nur verwirklichen, wenn mind. die Hälfte der Mittel aus anderen Quellen kommt <u>Begründung:</u> Die potentiellen Nutznießer sollen sich auch an den Kosten beteiligen (z.B. Gastronomie und Wissenschaftseinrichtungen) | | | | mit 2 : 36 : 3 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------------|----------------------------------|----|---|--|-------------------------------|--|--|
| 272 | 2013 | BL/LI Grüne/ gen.hd SPD | 81 | <u>Beschreibung:</u> Grüne Welle B37 streichen <u>Begründung:</u> Vorrang für den Umweltverbund | | <u>Aufwand:</u> -100.000 € | Mit Blick auf die generellen Überlegungen zur Trassenführung einer Altstadtstraßenbahn kann die Umsetzung der Maßnahme „Qualitätssicherung Verkehrsfluss B 37 zw. Theodor-Heuß-Brücke und Karlstor“ aus unserer Sicht zurück gestellt werden. | mit 21 : 18 : 2 beschlossen |
| 274 | 2014 | BL/LI SPD Grüne/ gen.hd | 81 | <u>Beschreibung:</u> Grüne Welle B37 streichen <u>Begründung:</u> Vorrang für den Umweltverbund | | <u>Aufwand:</u> -250.000 € | s.o. | mit 22 : 18 : 1 beschlossen |
| 277 | 2013 und 2014 | Grüne/ gen.hd | 81 | <u>Beschreibung:</u> Planungsmittel für die Schaffung von Fahrradschnellachsen Nord-Süd, Ost-West <u>Begründung:</u> Verbesserung der Situation für FahrradfahrerInnen in Heidelberg | <u>neue / geänderte Maßnahme:</u> Konzepterstellung zur Schaffung von Fahrradschnellachsen Nord-Süd, Ost-West | <u>Aufwand:</u> + 40.000 € | Für die Schaffung von Fahrradschnellachsen gibt es nur wenige Strecken, die zur Umsetzung geeignet sind, ohne dass andere Verkehrsteilnehmer (Fußgänger, Autofahrer) eingeschränkt werden müssten. Es soll jedoch in Zusammenarbeit mit dem Rhein-Neckar-Kreis und der Stadt Mannheim ein Konzept erarbeitet werden, Fahrradwege interkommunal auszubauen. Für den Ausbau derartiger Radwege werden Fördermittel durch das Land in Aussicht gestellt. 40.000 € könnten für ein derartiges Konzept verwendet werden. Mittel für eine Umsetzung sind gegenwärtig mittelfristig nicht vorgesehen. | mit 12 : 27 : 2 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|--------------|----|---|--|-------------------------------|---|-----------------------------------|
| 279 | 2013 | Grüne/gen.hd | 81 | <u>Beschreibung:</u> Zusätzliche Maßnahmen Radverkehr - Verkehrswende (insb. Markierungen) <u>Begründung:</u> Mobilität mit dem Fahrrad verbessern | | <u>Aufwand:</u> + 30.000 € | 50.000 €/Jahr sind für die zusätzliche Realisierung von Markierungen im Radverkehr bereits vorgesehen. Dieser Betrag ist entsprechend der vorhandenen personellen Ressourcen ausreichend für die Projekte, die umgesetzt werden können. | mit 12 : 27 : 2 Stimmen abgelehnt |
| 280 | 2014 | Grüne/gen.hd | 81 | <u>Beschreibung:</u> Zusätzliche Maßnahmen Radverkehr - Verkehrswende (insb. Markierungen) <u>Begründung:</u> Mobilität mit dem Fahrrad verbessern | | <u>Aufwand:</u> + 70.000 € | 50.000 €/Jahr sind für die zusätzliche Realisierung von Markierungen im Radverkehr bereits vorgesehen. Dieser Betrag ist entsprechend der vorhandenen personellen Ressourcen ausreichend für die Projekte, die umgesetzt werden können. | mit 11 : 27 : 3 Stimmen abgelehnt |
| 282 | 2013 und 2014 | FDP | 81 | <u>Beschreibung:</u> Verwaltungs- u. Betriebsaufwendungen: Kommunikations- u. Marketingkampagne zur Förderung einer fahrradfreundlichen Mobilitätskultur in Ba.-Wü. streichen <u>Begründung:</u> Zu viel Geld für eine reine Werbekampagne | | <u>Aufwand:</u> -70.000 € | Die Stadt Heidelberg hat sich zusammen mit der Stadt Mannheim für die Kommunikations- und Marketingkampagne RadKULTUR des Landes beworben. Die Bewerbung setzt voraus, dass wir eine Kofinanzierung im Haushalt bereitstellen. Durch die Marketingkampagne soll das Miteinander aller Verkehrsteilnehmer gefördert und verbessert werden. Das Land selbst stellt zur Finanzierung voraussichtlich 190.000 € im Jahr 2013 zur Verfügung. | mit 8 : 32 : 1 Stimmen abgelehnt |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------|--------------|----|--|--|--------------------------------|--|------------------------------------|
| 283 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 81 | <u>Beschreibung:</u> Allg. Posten Fußgängerverkehr <u>Begründung:</u> Mobilität zu Fuß verbessern | | <u>Aufwand:</u> + 50.000 € | Das Instandhaltungsbudget des Amtes 81 wurde im Vergleich zum laufenden Haushaltsplan pauschal um 200.000 €/jährlich erhöht. Daneben wurden für Maßnahmen im Radverkehr wie auch eine Sondermaßnahme (Markierung Sandhäuser Str.) gesondert Mittel vorgesehen. Eine Umsetzung von ersten Maßnahmen aus der neuen AG Fußgängerverkehr ist bei der Bewirtschaftung im Rahmen des zur Verfügung stehenden Budgets zu berücksichtigen. | mit 12 : 27 : 2 Stimmen abgelehnt |
| 284 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 81 | <u>Beschreibung:</u> Straßenbahnbeschleunigung: Mittelerhöhung zusätzlich zu den 2011 nicht verbrauchten Mitteln in Höhe von 100.000 <u>Begründung:</u> Mobilität mit dem ÖPNV verbessern | | <u>Aufwand:</u> + 100.000 € | Die im Haushaltsplanentwurf in den Jahren 2013 und 2014 vorgesehen Mittel sind ausreichend. | mit 12 : 27 : 2 Stimmen abgelehnt |
| 285 | 2013 | SPD | 81 | <u>Beschreibung:</u> Straßenbahnbeschleunigungsprogramm Budgetübertrag 2012 (300.000 €) | | | Unter Berücksichtigung der gebundenen und verausgabten Mittel im Bereich Straßenbahnbeschleunigung werden voraussichtlich rund 80.000 € zum Übertrag für 2013 zur Verfügung stehen. Da für die Jahre 2013 und 2014 ausreichend Mittel in den TH 81 eingestellt wurden, ist ein Mittelübertrag nicht erforderlich. | mit 21 : 19 : 1 Stimmen beschloss- |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|-----|---------------------|--------|----|---|--|---|---|---|
| 289 | 2013 | GAL | 81 | <p><u>Beschreibung:</u> Erstellung und Umsetzung Verkehrskonzept Marktplatz Neuenheim</p> <p><u>Begründung:</u> Die notwendigen Arbeiten rund um das Bürgerhaus sowie die Baumaßnahme der Stadtwerke bieten die Chance, jetzt ein schlüssiges und innovatives Konzept umzusetzen.</p> | | | Eine öffentliche Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema „Ruhender Verkehr im Bereich des Marktplatzes Neuenheim“ hat am 29.11.2012 stattgefunden. Im Weiteren wird für den BB Neuenheim, den SEVA und den Gemeinderat eine Vorlage zur weiteren Abstimmung erstellt. Daneben wurde aus Mitte des Gemeinderats ein Antrag zum gleichen Thema gestellt (Einbringung in den Gemeinderat am 18.12.2012). | mit 16 : 23 : 2 Stimmen abgelehnt |
| 290 | 2013 und 2014 | GAL | 81 | <p><u>Beschreibung:</u> Kinderfreundliche Verkehrsplanung/ Feuerwehrtopf</p> <p><u>Begründung:</u> die Mittel für 2013/14 sind bereits verplant – finanziellen Spielraum für kleinere Maßnahmen sicherstellen</p> | | <p><u>Aufwand:</u></p> <p><u>Fußnote bei Instandhaltung:</u> davon 50.000 € für Maßnahmen zur kinderfreundlichen Verkehrsplanung</p> | Das Instandhaltungsbudget des Amtes 81 wurde im Vergleich zum laufenden Haushaltsplan pauschal um 200.000 €/jährlich erhöht. Zahlreiche Maßnahmen der kinderfreundlichen Verkehrsplanung sind inhaltlich dem Instandhaltungsaufwand zuzuordnen. In Verbindung mit den auch mittelfristig fortgeschriebenen Ansätzen im Finanzhaushalt besteht die Möglichkeit, die erforderlichen Maßnahmen sukzessive abuarbeiten. | mit 35 : 0 : 6 Stimmen beschlossen |

| | Jahr | Partei | TH | Stichwortartige Beschreibung der Veränderung samt Begründung | Neuaufnahme /Änderung Ziel bzw. Maßnahme | Finanzielle Änderung | Anmerkungen der Verwaltung | Abstimmung |
|---------|---------------|--------------|----|---|--|-------------------------------|---|-----------------------------------|
| 292 | 2013 und 2014 | Grüne/gen.hd | 81 | <u>Beschreibung:</u> Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung <u>Begründung:</u> Erhöhte Einnahmen aus Parkscheinautomaten | | <u>Ertrag:</u> + 180.000 € | Um die Erträge im Bereich der Parkscheinautomaten zu erhöhen, ist die Aufstellung zusätzlicher Parkscheinautomaten erforderlich. Die Ausdehnung der Parkraumbewirtschaftung ist in Rohrbach durch Anwohnerparken vorgesehen. Dies führt durch die Ausgabe von Parkausweisen zu Einnahmeerhöhungen bei Amt 15. Parkscheinautomaten sind in diesem Konzept nicht vorgesehen. In Handschuhsheim soll das Thema Parkraumbewirtschaftung im nächsten Jahr im Bezirksbeirat diskutiert werden. Für die Bahnstadt wird das Parkraumkonzept derzeit überarbeitet. Es ist denkbar, dass in diesem Bereich neue Parkscheinautomaten installiert werden. Aus den genannten Gründen sind Mehrerträge in den Jahren 2013 und 2014 in der im Antrag angegebenen Höhe nicht umsetzbar. | mit 14 : 18 : 9 Stimmen abgelehnt |
| 295 neu | 2013 | CDU | 41 | <u>Beschreibung:</u> Jugendkunstschule <u>Begründung:</u> Darlehen für Ausbau | | <u>Aufwand:</u> + 35.000 € | | zurückgezogen |